

Von den Kommunen spricht man gerne als von den Kernzellen unseres Staates. Hier werden, hier müssen die meisten Gesetze und Verordnungen umgesetzt werden, die von den Länderparlamenten und dem Bundestag beschlossen werden. Kommunen sind auch immer wieder Seismographen politischer Entwicklungen. In den Kommunen wird gewählt. Deshalb haben die Räte der Städte und Gemeinden nicht nur die Aufgaben zu erfüllen, für die sie nach der Gemeindeordnung verpflichtet sind, sie sind auch mitverantwortlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Fortbestand der demokratischen Ordnung. Dieser demokratische Rechtsstaat, wie wir ihn seit 1949 kennen, ist, wie wir derzeit erfahren müssen, kein Selbstläufer.

Das hätten wir eigentlich längst wissen müssen. Die Entwicklungen in anderen europäischen Staaten wie Ungarn und bis vor kurzem Polen zeigen, wie schnell und zum Teil tiefgreifend die Veränderungen zu autoritären, antieuropäischen, nationalistischen und scheindemokratischen Systemen geführt haben.

Nehmen wir das Beispiel Polen, das zeigt, wie anfällig demokratische Strukturen sind, wie relativ leicht Parteien ohne brachiale Gewalt und ohne einen Umsturz den Rechtsstaat, die unabhängige Justiz, eine freie Presse in wenigen Jahren so verändern können, dass Regierungen nach ihnen wie im Falle Polens die von Donald Tusk unglaubliche Schwierigkeiten haben, die vorherige Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen, ohne selbst Vorwürfen ausgesetzt zu sein, ihrerseits Rechtsstaatlichkeit zu verletzen. Mit Blick auf dieses Beispiel und trotz aller Gegensätzlichkeiten sprechen deshalb Vertreter der CDU im Bundestag mit den Regierungsparteien darüber, wie das Bundesverfassungsgericht durch eine Verankerung im Grundgesetz in seiner Substanz, die Zahl der Senate, die Wahl der Richter, gesichert werden kann.

Wir müssen also gar nicht die Vergleiche mit dem Nationalsozialismus bemühen. Wir finden die Beispiele für eine Gefährdung unseres demokratischen, pluralistischen, den Menschenrechten verpflichteten Rechtsstaat durch rechtsradikale Gruppierungen wie die AfD leider auch in unserem Land: Ethnodeutschtum, Remigration, Moslemfeindlichkeit, Austritt aus der EU, eine SA – Parole „Alles für Deutschland“, Putinnähe, das alles sind erklärte Ideen der AfD, die auch ein Herr Höcke in der TV Diskussion nicht leugnen konnte. Es geht den Verfassern dieser Resolution, der Trierer Erklärung, die jetzt eine Wermelskirchener Erklärung werden soll, deshalb nicht um irgendeine abstrakte Gefährdung durch irgendeinen -ismus, es geht um die Gefahr, die

gegenwärtig ganz konkret von der AfD und ihren Unterstützern in der identitären Bewegung zum Beispiel ausgeht.

Weil das so ist, plädiere ich an diesen Rat, wie viele Räte vorher der vorliegenden Resolution zuzustimmen und den Bürgerinnen und Bürgern, die uns gewählt haben, ein Zeichen zu setzen. Vor 100 Jahren kämpfte die Demokratie von Weimar um ihre Existenz. Damals beherrschte Gewalt die politische Auseinandersetzung. Es war ein Kanzler der Zentrumsparlei, Joseph Wirth, der auf der Trauerfeier für den einen Tag zuvor ermordeten Walter Rathenau im Reichstag den Satz sagte, der leider heute wieder Gültigkeit hat: „Da steht der Feind und darüber ist kein Zweifel: „Dieser Feind steht rechts.“